



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **Erwerbstätigkeit für ukrainische Geflüchtete schneller ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Bayern muss alles tun, um den vor der russischen Invasion in der Ukraine Geflüchteten Halt zu geben und sie bestmöglich zu unterstützen. Alle, die arbeiten wollen, sollen dabei sofort gezielt unterstützt werden. Dabei ist eine hohe Flexibilität geboten, da der überwiegende Teil der Geflüchteten im arbeitsfähigen Alter Kinder allein zu betreuen hat.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- dafür zu sorgen, dass ukrainische Geflüchtete die Registrierung, Meldung der Wohnung sowie Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung binnen zwei Wochen erledigen können;
- diese Vorgänge in einem Behördengang (One-Stop-Shop) barrierearm und mit professionellem Dolmetscher zu ermöglichen;
- sicherzustellen, dass bei der Registrierung der Geflüchteten Beruf, Ausbildungsstand und ggf. Ausbildungswünsche erfasst werden. Bei Einwilligung sollen diese Daten an die zuständige Agentur für Arbeit weitergeleitet werden; an größeren Behörden sollte die Arbeitsagentur idealerweise vor Ort vertreten sein;
- parallel zur regulären Anerkennung der Berufsqualifikation von Geflüchteten die Einarbeitung im Betrieb zu ermöglichen;
- insbesondere in Mangelberufen schnellstmöglich Module zur Nachqualifikation zu entwickeln, falls ggf. eine Nachqualifikation erforderlich ist, um EU-Standards zu erfüllen; Die Nachqualifikation soll berufsbegleitend und unter Anerkennung von Praxiszeiten möglich sein; alle Theorie-Anteile von Nachqualifikationen sollen online angeboten werden,
- sich für eine vollständige Digitalisierung des Anerkennungsverfahrens einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) aktuelle Zahlen zu Geflüchteten in Arbeit für den Freistaat erhebt und zur Verfügung stellt;
- Maßnahmen zu implementieren, um Schwarzarbeit und Ausbeutung effektiv zu verhindern;
- sich dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich Sprachkurse für die Integration in den Arbeitsmarkt auch online zur Verfügung stehen und parallel dazu bereits eine Arbeitsaufnahme erfolgen kann;
- die Geflüchteten über die Möglichkeiten zur Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen umfassend zu informieren und den Zugang zu den bestehenden Angeboten zu vereinfachen und anfallende Gebühren unter Umständen zu erlassen;

- Aus- und Weiterbildungsangebote für Geflüchtete mit Kindern auch in Teilzeit zu ermöglichen;
- während Arbeits-, Aus- und Weiterbildungszeiten Kinderbetreuung sicherzustellen;

**Begründung:**

Es gibt bereits zahlreiche Unterstützungsangebote seitens der Wirtschaft, um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Geflüchtete aufgrund Russlands Invasion in der Ukraine zu fördern. Unter anderem wurden private Jobbörsen eingerichtet, wie z. B. <https://www.jobaidukraine.com>, und Unternehmensverbände koordinieren intern Mitglieder, die gerne Geflüchteten eine Beschäftigung bieten möchten. Auch die öffentliche Verwaltung und die Politik bemühen sich, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Geflüchtete schnell arbeiten können. Es gibt aber noch zahlreiche Probleme, die zügig angepackt werden müssen. Denn trotz der Bemühungen sind Erfolgsgeschichten ukrainischer Geflüchteter bislang eher die Ausnahme auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Um den Menschen kurzfristig zu helfen und mittel- bis langfristig neue Perspektiven zur Gewinnung von Fachkräften aus dem Kreis der Geflüchteten zu realisieren, müssen Politik und Verwaltung jetzt schnell handeln.

Bisher sind weder genauere Zahlen zu den Geflüchteten noch deren berufliche Qualifikation bekannt. Um Maßnahmen treffen zu können, muss die Datenbasis verbessert werden. Zudem sind die Verfahren zu Registrierung und zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und der Arbeitsgenehmigung komplex und oftmals sehr unflexibel. Die Geflüchteten müssen hier besser beraten und unterstützt werden – insbesondere bei der Bewältigung der Sprachbarriere. Solche Maßnahmen dürfen nicht an den Ehrenamtlichen hängen bleiben. Zudem kommt es mutmaßlich bereits zu Schwarzarbeit, insbesondere bei haushaltsnahen Dienstleistungen und im Kosmetikbereich sowie bei Babysitting und Friseurdienstleistungen. Hier muss die Staatsregierung stärker auf Prävention setzen und reguläre Arbeitsverhältnisse zügig ermöglichen.

Viele Geflüchtete können mit ihrer Qualifikation helfen, die Fachkräftelücke zu schließen und damit auch adäquate Arbeit zu finden. Hierbei stellen sich Probleme bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Denn hierfür muss separat ein Antrag gestellt werden. Unter Umständen ziehen sich solche Verfahren über Monate hin. Wenn seitens der Bewerber wie der Unternehmen eine schnelle Aufnahme der Erwerbstätigkeit gewünscht ist, muss dies ohne bürokratische Hürden zeitnah möglich sein. Hierzu soll die Anerkennung der ausländischen Berufsqualifikation unbürokratisch und schnell vorübergehend erfolgen und dann während der Einarbeitungszeit regulär nachgeholt werden. Insbesondere muss eine Bewertung des praktischen Könnens während der Einarbeitung in die Anerkennung einfließen. Das Verfahren ist darüber hinaus vollständig zu digitalisieren.